Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Der Autor dieser Kolumne ist als Inhaber der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.

Dietrich W. Thielenhaus

„Flucht vor Verantwortung"

Der allgemeine Vertrauensverlust hat eine in der Geschichte der Bundesrepublik einzigartige Dimension erreicht. Der Publizist Gabor Steingart kommentiert Merkels Politik so: „Ihre Corona-Politik des Verbietens und Wegsperrens war spätestens mit der Zulassung verschiedener Impfstoffe und der Entwicklung moderner Schnelltests nicht mehr evidenzbasiert. Die Prinzipien deutscher Wertarbeit, das Gründliche und Solide, das unsere Autos, unsere Software und die deutschen Pharmaprodukte auszeichnet, hat diese Politik nicht reflektiert, sondern verraten. Dem viel gescholtenen amerikanischen Gesundheitssystem gelang es im selben Zeitraum, 130,5 Millionen Dosen zu verimpfen, in dem Deutschland nicht einmal zehn Prozent dieser Menge schaffte." Und weiter schreibt Steingart: „Die Beschlüsse zum Osterlockdown, für die sie sich entschuldigte, sind ein, aber nicht das Problem. Das Problem sind die vielen Toten. Das Problem ist das ideenlose Abschalten großer Teile der Volkswirtschaft. Das Problem ist ein lausiges Impfmanagement, das immer neue Grundrechtseingriffe provoziert. Merkels Flucht in die Entschuldigung war daher keine humanitäre Großtat, sondern eine Flucht vor der Verantwortung."

Spaltung der Wirtschaft

Die „Wirtschaftsweisen" haben ihre BIP-Prognose für 2021 von 3,7 % auf 3,1 % gesenkt. Zum Vergleich: Das IfW schätzt, dass die Weltproduktion in diesem Jahr um 6,7 % und der Welthandel um 7,5 % steigen werden. Für die USA rechnet die Notenbank FED mit BIP-Wachstum um 6,5 %. Im ersten Quartal dürfte die deutsche Wirtschaftsleistung um 2 % zurückgegangen sein. Das Vorkrisenniveau soll voraussichtlich zum Jahreswechsel 2021/2022 wieder erreicht werden. Das ifo-Institut hat ermittelt, dass ein dritter Lockdown mit Blick auf die direkt betroffenen Branchen „nur" etwa 13 % des deutschen BIP belasten würde. Gleichwohl sei mit wöchentlichen Kosten von 2,5 Mrd. Euro zu rechnen. Insgesamt werde der Pandemieschaden für die deutsche Wirtschaft in den Jahren 2020 bis 2022 405 Mrd. Euro betragen.

„Perspektivlose Hinhaltepolitik"

Einen Strategiewechsel bei der Pandemiebekämpfung hat Rainer Dulger, der Präsident des Bundesverbands der Arbeitgeber (BDA), gefordert. Die sture Fixierung auf die Inzidenzen sei falsch. Dringend geboten sei, mehr und schneller zu impfen und zu testen. Außerdem sei eine evidenzbasierte Öffnungspolitik erforderlich. Die Lage sei bitterernst, weil vielen Betrieben „die Puste ausgehe". Immer mehr Unternehmen könnten die Politik von Bundesregierung und Ministerpräsidenten nicht mehr nachvollziehen. Dulger weiter: „Diese perspektivlose Hinhaltepolitik macht viele Betriebe und Beschäftigte nur noch hilflos und wütend. Und wir müssen heute auch schon über ein Konzept reden, das nach dieser Krise unseren Wohlstand sichert." Und mit Blick auf die Wirtschaftspolitik merkt der BDA-Präsident an: „In Deutschland wird leider immer mehr darüber gesprochen, wo das Geld hinfließen soll, aber nicht darüber, wo es herkommen soll. Nur wenn die Wirtschaft brummt, wird sich nach der Pandemie alles regenerieren können. Steuern und Sozialbeiträge zu erhöhen, wäre der größte Fehler, den wir nach der Krise machen könnten. Denn das würde die Wirtschaft abwürgen und nicht zu einer Erholung beitragen. Die nächste Bundesregierung muss da umsteuern und eine Entfesselungsoffensive auf den Weg bringen." Der amtierende Finanzminister fordert dagegen höhere Einkommens- und Erbschaftssteuern sowie die Wiedereinführung der Vermögenssteuer.

„Rechtsstaat am Ende"

Wer mit offenen Augen und Ohren durch dieses Land geht, stößt immer öfter auf gravierende Ungereimtheiten, Fehlentwicklungen, Schieflagen und Absurditäten im öffentlichen Bereich. Im Rechtswesen sorgt derzeit das neue Buch eines Insiders für Furore. Den „Rechtsstaat am Ende" sieht der Berliner Oberstaatsanwalt Ralph Knispel. Er beschreibt das Versagen der gesamten Rechtspflege, die ihren Aufgaben zur Wahrung der inneren Sicherheit längst nicht mehr nachkommen könne. Für diese Misere ursächlich seien die Unterfinanzierung der Justiz, der Mangel an qualifiziertem Personal sowie die unzureichende technische und räumliche Ausstattung. Die Aufklärungsquote liege in Berlin deliktübergreifend bei nur 44,7 %. Ein Einbrecher könne dort zu 97,4 % davon ausgehen, unbestraft auf freiem Fuß zu bleiben. Zum Justizalltag gehöre, dass dringend tatverdächtige Großdealer, Mörder und Vergewaltiger wegen einer Fristverletzung aus der Untersuchungshaft entlassen werden. Polizeiliche Ermittler müssten mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu Einsatzorten fahren, weil gerade kein Dienstfahrzeug zur Verfügung stehe. Kriminelle Clans kontrollierten ganze Stadtviertel. Und jeden Tag würden in Deutschland 200 Polizisten gewaltsam attackiert.

Rentensubvention

Nach Prof. Bernd Raffelhüschen (Uni Freiburg) wird Deutschland über den „Wiederaufbaufonds" letztlich auch großzügige Renten in anderen EU-Ländern finanzieren. Der Ökonom kritisiert: „Die Deutschen gehen später in Rente und haben ein geringeres Rentenniveau – und zahlen über EU-Gelder in Italien oder Frankreich das höhere Rentenniveau von Menschen mit, die früher in Rente gehen als Bundesbürger." Ob die Bundesregierung, unter deren Präsidentschaft die EU-Corona-Hilfen verhandelt und beschlossen worden sind, auch diese nicht vermittelbare „Subvention" auf dem Radar hatte, darf wohl bezweifelt werden.